



Polen - Pressespiegel 37/2025 vom 11.09.2025

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- Nawrocki am Hof von König Donald
- Ich hatte früher nie Angst, auf der Straße Ukrainisch zu sprechen. Was ist nur mit Polen passiert?
- Mercosur mal ohne Panik. Ein Abkommen, bei dem die polnische Industrie gewinnt und die Landwirtschaft nicht verliert
- Nawrocki: Tusk und die Ukraine sind das Böse
- Verfolgt: der ehemalige Präsident Lech Wałęsa. Verfolger: der derzeitige Präsident Karol Nawrocki
- „Ich will die Hochzeit meiner Tochter noch erleben“. Die „Kampagne gegen Homophobie“ schreibt an Donald Tusk

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Nawrocki am Hof von König Donald



Quelle: interia.pl

Von **Leszek Jażdżewski**

Karol Nawrocki kehrt mit seinem Schild aus Washington zurück. An die Abwesenheit Polens bei den wichtigen Gesprächen der Europäer über die Beendigung des Krieges in der Ukraine wird man sich nicht mehr erinnern.

Auf der gemeinsamen Pressekonferenz hat Trump erklärt, dass die USA ihre Truppen nicht aus [Polen] abziehen werden. Es ist wichtig, dass dieses Thema zur Sprache kam, auch wenn aus irgendeinem Grund (z. B. weil die polnische Regierung nicht genug Waffen von den USA kaufen will) innerhalb eines Monats die Entscheidung genau umgekehrt ausfallen könnte.

Auf die Frage, warum Trump nicht gegen Putin vorgeht, schlug der US-Präsident einem Korrespondenten des polnischen Rundfunks vor, er solle seinen Beruf wechseln. Trump verteidigte sich, indem er von **Sanktionen gegen Indien wegen des Kaufs von russischem Öl** sprach. Er ging jedoch nicht weiter auf das Thema des Krieges ein, sondern beschränkte sich auf Allgemeinplätze und Überlegungen über das Wesen des Krieges.

Nawrocki, der die meiste Zeit der Konferenz nur zuhörte und lächelte, **hatte ein paar Ausrutscher** in seiner kurzen Rede. So nannte er den Tod des polnischen Piloten bei dem Absturz versehentlich wunderbar (terrific) statt „terrible“, und auch den Tod (loss) der beiden Kinder von Maciej Krakowian deutete er an -- doch das änderte nicht viel am Verlauf der Konferenz und dürfte ihre Aufnahme kaum beeinträchtigen.

Nawrockis **Erfolg war, dass Polen zum G20-Gipfel in Miami eingeladen wurde**. Dies ist ein Symbol, aber ein wichtiges, denn es zeigt die wachsende Bedeutung Polens und vor allem die Tatsache, dass

Nawrocki in der Lage ist, etwas von Trump zu bekommen - und sei es nur eine kostenlose Geste für seine „Glückswette“. Beide Präsidenten betonten, dass Trump bei der polnischen Wahl eine gute Wette eingegangen sei, was ihn offensichtlich sehr gefreut habe.

Nawrocki hat es geschafft, zu erwähnen, dass wir gemeinsame Werte mit den USA haben (auch wenn es mit Trump „it's just business“), **erinnert an Pulaski und Kosciuszko**. Er betonte, dass er im Wahlkampf gegen einen überwältigenden Gegner gekämpft habe und dass Trump ihm dabei entscheidend geholfen habe. Was hat es also mit dieser Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens auf sich, es geht vorausgesetzt, die Einmischung erfolgt zu unseren Gunsten? Hier zeigt sich das komplexe und tatsächlich fehlende Souveränitätsdenken der polnischen Rechten.

Der polnische Präsident bedankte sich auch geschickt bei den 10 Millionen „Polen“ in den USA, die mit überwältigender Mehrheit für Trump gestimmt haben - und für ihn selbst. In der Tat wurden nur 28.000 Stimmen aus den USA für ihn abgegeben (21.000 für Trzaskowski). Andererseits war und ist die Betonung des Einflusses Polens auf die US-Wahlen ein großer Gewinn für die Beziehungen zu unserem Verbündeten, und **Nawrocki hat es richtig gemacht**.

Nawrocki bekräftigte die Investitionen in die Rüstung, wobei Trump die Vorteile dieser Investitionen für die USA hervorhob und Polen als eines der beiden Länder bezeichnete, die mehr ausgeben, als sie mussten. Das hielt ihn nicht davon ab, zu betonen, dass die USA keine Rüstungsgüter mehr als Spende an die Ukraine schicken würden und dass die NATO-Länder nun für alles aufkommen würden. Es war einer dieser Momente, in denen das breite Lächeln des polnischen Präsidenten für einen Moment verschwand.

Auswirkungen des Besuchs

Im Sinne des Images hat Nawrocki viel erreicht. **Trump empfing ihn herzlich und hob die Stärken seines Gastes hervor**. Gleichzeitig brachte der Besuch keinen Durchbruch (denn eine einmalige Einladung zum G20-Gipfel ist kein Durchbruch), trotz rätselhafter Ankündigungen eines neuen Sicherheitsprojekts.

Gleichzeitig hat der Besuch gezeigt, wie leicht ist es, die Polen auszuspielen. Wie die Loyalität zu einem ausländischen ideologischen Verbündeten über die Loyalität zu einem Staat gestellt wird, der von politischen Gegnern geführt wird. Dieses Problem der Stammes- statt der Nationalloyalität ist leider ein polnisches Laster seit den Teilungen und darüber hinaus. Die Zurschaustellung von Spaltungen am Vorabend des Besuchs (insbesondere die Offenlegung und Verspottung der Anweisungen des Außenministeriums -- an denen nichts Anstößiges war), die **Bitte um die Abwesenheit des polnischen Botschafters bei der Begrüßung des Präsidenten**, das öffentliche verbale Gezänk mit dem Leiter des Außenministeriums -- all das hat Polen nicht gestärkt, sondern unsere Schwäche offenbart, was die zynische Trump-Administration rücksichtslos ausnutzen wird.

Polen muss sich beschleunigt auf eine künftige Situation vorbereiten, in der die Europäer, also auch wir, für die Sicherheit Europas verantwortlich sein werden. **Ein Vasallenstaat der USA zu sein, wird diesen Prozess nur noch schwieriger machen**. Vor allem, wenn die Nebenkosten dafür darin bestehen, die europäischen Partner zu verärgern oder, schlimmer noch, die Rolle eines amerikanischen trojanischen Pferdes zu spielen.

Wir müssen die USA so lange wie möglich halten und gleichzeitig unsere eigene Sicherheit und die Europas so schnell wie möglich ausbauen. Dies ist ein äußerst schwieriges und anspruchsvolles Spiel. Ein Spiel um unsere Zukunft. Um unser Leben. Hier ist Zusammenarbeit gefragt. Und nicht kleinliche Parteienspielchen.

Zsfg.: JP



www.mleczko.pl

ARZTPRAXIS

Ich hoffe, dass sie diese Bärte schon hatten, bevor sie hierherkamen

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:

<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Ich hatte früher nie Angst, auf der Straße Ukrainisch zu sprechen. Was ist nur mit Polen passiert?



Quelle: oko.press

Von **Albina Trubenkova**

Ich gehe mit meiner Tochter spazieren, heute ist es sonnig in Łódź. Eine freundliche Stadt, wunderbare Menschen und eine einzigartige Architektur. Aber in letzter Zeit, besonders nach den anti-migrantischen Märschen, werde ich vorsichtig. „Sprich leiser, heute ist ein Fußballspiel, es sind viele betrunkene Fans unterwegs, die meisten davon anti-ukrainische Nationalbolschewiken“, unterbreche ich meine Tochter.

Von der anderen Straßenseite kommt eine Nachbarin, eine nette ältere Polin. Wir grüßen uns. Und plötzlich sagt sie mit gesenkter Stimme: „Sie sind ja eine brave, anständige Frau, aber unter den Ukrainern gibt es viele böse Leute, Diebe, das macht einfach nur Angst!“ Geduldig erkläre ich, dass das nicht stimmt, dass die Kriminalitätsrate unter Migranten prozentual niedriger ist, dass es dafür Statistiken gibt, dass es russische Propaganda ist... Sie nickt, lächelt und sagt, ihre Freundin habe aber gehört, dass es gefährliche ukrainische Diebesbanden gebe. So funktioniert Propaganda: Sie vergiftet das Bewusstsein und weckt Sorgen um die eigene Sicherheit bei normalen Bürgern. Die Russen investieren Millionen in Desinformation, unter Posts in sozialen Medien erscheinen tausende Kommentare auf Polnisch, dass angeblich die Ukrainer böse seien, das polnische Recht nicht respektierten, undankbar seien (das ist übrigens das populärste Schlagwort der letzten Jahre, passend auf alles!), dass sie riesige Sozialleistungen bekämen, wodurch die Polen verarmten und ihre Jobs verlören. Dieses „Futter“ wird so effektiv an die Gesellschaft serviert, dass es selbst die erreicht, die nie in Polen waren. Gestern sagte ein Bekannter aus Kiew: „Aber ihr bekommt dort doch Sozialhilfe!“

Wirklich? In Polen gibt es heute nur noch die 800+-Leistungen für Kinder (monatliche Auszahlung für ein Kind bis 18 Jahre). Es gibt noch Sammelunterkünfte, in denen vor allem ukrainische Geflüchtete leben, Rentner, Menschen mit Behinderungen (und selbst sie zahlen noch etwas für die Unterkunft). Es gibt auch Leistungen für Kinder mit Behinderungen, wenn eine ärztliche Kommission feststellt, dass das Kind nicht selbstständig ist und ständige Pflege benötigt (die Mutter eines solchen Kindes kann nicht arbeiten). Es

geht also um die verletzlichsten Ukrainer. Manchmal um jene, die keinen Ort haben, an den sie zurückkehren können.

Meine Namensvetterin, Frau Albina, Rentnerin, lebt in Posen, sie sieht sich nur Fotos aus dem besetzten Kachowka an. Sie ist verzweifelt, die Zukunft erscheint immer hoffungsloser. Ihre Freundin ist nach Mariupol zurückgekehrt, das besetzt ist, um ihre erwachsenen Kinder in Polen nicht zu belasten. Wenn Polen den vorübergehenden Schutz für Ukrainer verlängert, dann nur bis März 2026. Was danach kommt, dafür fehlt die Kraft, darüber nachzudenken.

Die anti-migrantische Stimmung, vor allem gegen Ukrainer, wächst in Polen mit jedem Tag. Kürzlich wurde ein Pole festgenommen, der auf der Straße einen Ukrainer ermordete, mit einem in einem Geschäft gestohlenen Messer. Ja, Passanten versuchten, das Opfer zu retten, aber der Mann starb im Krankenwagen.

In öffentlichen Verkehrsmitteln, auf den Straßen werden ukrainische Frauen angegriffen, beschimpft, geschlagen, nur weil sie Ukrainisch sprechen. Im letzten Monat habe ich zwei solcher Fälle gesehen: Einer betraf eine ukrainische Journalistin, der andere eine Dozentin der Universität Warschau. Die Fälle sind Einzelfälle, aber die meisten meiden es bereits, in Warschau, Krakau oder anderen großen Städten Ukrainisch zu sprechen. Mob! Wie konnte es so weit kommen?!

Ich habe polnisch-ukrainische Projekte in den Jahren 2005, 2009 und 2016 durchgeführt und mich immer ein wenig unsicher mit meinem „östlichen Akzent“ im Polnischen gefühlt, das ich mir viele Jahre selbst beigebracht habe. Aber noch nie zuvor hatte ich Angst, in Polen Ukrainisch zu sprechen.

Was ist mit uns passiert?

War diese ältere Frau, die die ukrainische Journalistin in Warschau mit Beschimpfungen angriff und forderte, sie solle „Polen verlassen“, im Februar 2022 auch stolz auf ihre Landsleute, von denen 94 % die Ukrainer unterstützten? Hat sie damals Sandwiches zum Hauptbahnhof gebracht, Geflüchtete gefüttert und heute weist sie eine junge Frau zurecht, die es gewagt hat, mit ihrer Mutter in der Ukraine zu telefonieren? Und das nach einem weiteren russischen Raketen- und Drohnenangriff auf Kiew?

Unter denen, die heute Ukrainer hassen, gibt es viele, die ihnen vor ein paar Jahren noch geholfen haben. Das ist die Wahrheit. Ich spreche mit Menschen: mit meiner polnischen Freundin, mit der Bildhauerin Emilia, mit einer zufällig vorbeigehenden Person, mit der freiwilligen Helferin Justyna, mit Freunden, polnischen Journalisten. Sie sagen: „Wir schämen uns für unsere Landsleute, für diesen psychopathischen Hass, der sich quer durch Polen verbreitet.“ Danke, Freunde, dass ihr mir helft, nicht zusammenzubrechen, nicht alles hinzuschmeißen und daran zu glauben, dass diese Hysterie vorübergehen wird.

Ich denke an meine Mutter, deren Wohnung in Lukjanivka in Kiew (neben einer Waffenfabrik) beschädigt wurde und die mit 78 Jahren zum ersten Mal überhaupt den Mut hatte, ins Ausland zu fahren. Weil sie Angst hat. Und sie könnte vielleicht mit unserer verängstigten Nachbarin Freundschaft schließen, vielleicht würden sie beide verstehen, dass die Gefahr keineswegs von den Ukrainern ausgeht.

Ich bereue bereits, dass meine Tochter für ihr Studium Polen gewählt hat und nicht ein anderes Land, denn überall ist das Studium auf Englisch kostenpflichtig, aber sie hätte eine freundlichere Umgebung gehabt. Doch in unserer Familie hatten wir immer eine besondere Zuneigung zu Polen, jetzt bleibt nur noch der Wunsch, dass dieser dumme Traum endlich endet.

Ich weiß nicht, was ich tun soll, aber ich verstehe gut, wie wichtig Polen für die Ukraine ist, es ist ein logistisches Zentrum, liefert militärische Hilfe und zeigt Solidarität auf internationaler Ebene. Ein schmaler Grat trennt uns von Streit, wir müssen uns zurückhalten, Russland keinen taktischen Sieg ermöglichen, selbst wenn die Emotionen hochkochen.

Und was machen einflussreiche polnische Politiker? Da werdet ihr staunen! Sie, die größte Regierungspartei und die größte Oppositionspartei, unterstützen die kämpfende Ukraine. Wirklich: Premier Donald Tusk und seine Bürgerkoalition, sowie der neue Präsident Karol Nawrocki mit Unterstützung der PiS, also die beiden größten Kräfte im Land, sprechen mit einer Stimme: Die Unterstützung der Ukraine ist wichtig und liegt im Interesse Polens. Aber es gibt einen Haken. Tusk sagt, er unterstützt die Ukraine, und gleichzeitig werden 57 Ukrainer abgeschoben, die zu einem Konzert von Maks Korż in Warschau gegangen sind (völlig legales Konzert! Die Veranstalter erhielten keine Vorwürfe!) und über den Zaun gesprungen waren. Der polnische Staat deportiert also diese „schrecklichen Verbrecher“! (Polnische Bekannte, die die

Abschiebung der Konzertbesucher verfolgten, bemerkten, dass unter den Festgenommenen etwa gleich viele Ukrainer und Weißrussen waren, deportiert wurden aber nur sechs Weißrussen, zehnmal weniger. Vielleicht sind sie über einen niedrigeren Zaun gesprungen, der Staat betrachtete das als mildernden Umstand.)

Über diesen „Erfolg“ harter Politik berichten erneut die sozialen Medien, mit Applaus von extremen Nationalisten zweier Parteien, die „Konföderation“ im Namen tragen, unter der Führung von Sławomir Mentzen und Grzegorz Braun (laut einigen Einschätzungen zeigen ihre Anhänger prorussische und teils sogar nationalsozialistische Haltungen). Herr Braun konnte öffentlich den Holocaust und die Existenz von Gaskammern in Auschwitz leugnen, konnte einen Chanukka-Leuchter mit einem Feuerlöscher im polnischen Parlament löschen – und blieb straflos. Denn das ist ja nicht so ein schlimmes Verbrechen wie ein Sprung über einen Zaun? Was sagt das polnische Strafrecht zum Zaun? Und was sagt es zum Holocaust?

Inzwischen ist ein neuer Präsident Polens ins Amt gekommen – Karol Nawrocki (er legte seinen Eid am 6. August dieses Jahres ab). Auch er verkündet durchaus vernünftige Parolen zum nationalen Interesse Polens, die Ukraine zu unterstützen, die sich gegen die russische Aggression verteidigt. Doch im nächsten Schritt legt Nawrocki sein Veto für ein vom Sejm beschlossenes Gesetz zur Unterstützung ukrainischer Kriegsflüchtlinge in Polen ein. Die Begründung des Präsidenten: Kinderleistungen sollten nur jenen zustehen, die in Polen arbeiten, genauso wie medizinische Versorgung. Extreme Nationalisten, Anhänger von Braun und Mentzen, sind begeistert: „Das ist unser Sieg! Nawrocki setzt Mentzens Programm um!“ Die Situation wird grotesk: Nawrocki gewann im zweiten Wahlgang fast 52 % der Stimmen, Trzaskowski über 48 %. Mentzen im ersten Wahlgang – 14 %, Braun – 6 %. Herrschen in Polen jetzt schon Ultra-Rechtsextreme mit 20 % Unterstützung? Das fragen sich meine Bekannten, vernünftige Polen, die ebenfalls schockiert sind.

Ehrlich gesagt wissen selbst Analysten und Politikwissenschaftler, die der PiS nahestehen, nicht, wer dem Präsidenten die Idee gegeben hat, das Gesetz zur Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge abzulehnen. Aber seien wir fair, das Thema, Kindern der schwächsten Ukrainer Leistungen zu verweigern, wurde auch vom Kollegen aus Tusks Partei aufgegriffen, Rafał Trzaskowski, der im zweiten Wahlgang knapp gegen Nawrocki unterlag.

Die politische Lage in Polen ist also so, dass Kräfte, die zusammen 80 % der Wählerstimmen repräsentieren, regelmäßig Ukrainer stigmatisieren, indem sie die sozialstaatlichen „Krümel“ den schwächsten Migranten (Kindern, Rentnern, Menschen mit Behinderungen) vorenthalten. Dazu kommt, dass sie Straftaten gegen Ukrainer, die diskriminierende Züge tragen, übersehen, obwohl das polnische Recht hierfür strafrechtliche Verantwortung vorsieht. Doch hinter dieser Mauer des Anti-Ukrainismus sieht die polnische Politik keinen Rassismus und scheut sich, dies laut auszusprechen. Das Thema Solidarität mit der Ukraine ist in Polen fast „unanständig“ geworden. Am Unabhängigkeitstag der Ukraine, dem 24. August, erschienen auf den Webseiten der polnischen Regierung und des Präsidenten keine Glückwünsche für die Ukraine. Erst am Abend teilte Präsident Selenskyj mit, dass er einen Gratulationsbrief von Präsident Nawrocki erhalten habe.

Was hat sich in der Haltung polnischer Politiker in diesen drei Jahren verändert?

Warum hielt es im März 2022 einer der damaligen polnischen Führer – Jarosław Kaczyński – für notwendig, zusammen mit anderen europäischen Staatsoberhäuptern nach Kiew ins belagerte Gebiet zu reisen, während es heute den regierenden Politikern so schwerfällt, selbst nur Glückwünsche zu formulieren?

Polnische Journalistinnen und Journalisten hatten vor dem 24. August die Behörden von Krakau zu Mut und Solidarität aufgerufen, sie sollten die ukrainische Flagge neben der polnischen am Rathaus hissen. Und diese Geste erscheint heute tatsächlich wie ein Akt des Mutes in einem Land, in dem ukrainische Flaggen ungestraft von Brauns Assistenten heruntergerissen werden und die politische Agenda marginaler Politiker von der größten Regierungspartei und der größten Oppositionspartei umgesetzt wird.

Aus der Zeit des von den Nazis besetzten Kiew 1941 erzählte mir meine Großmutter, wie die Deutschen den Juden ihre Sachen abnahmen. Und sie glaubten naiv, die Nazis würden sie in ein glückliches Deutschland bringen...

Ich höre das Echo der Märsche aus der Zeit der Weimarer Republik in dem, was der geschickte Regisseur Grzegorz Braun tut (er ist wirklich Regisseur und kann Filme machen) und seine politischen Statisten, die

bisher noch ihre Rollen ablehnen können, und es gibt noch mehr von ihnen. Und sie können immer noch verhindern, dass ihnen ihr eigenes Land genommen wird.

Nach dem Verfassen dieses Artikels erlebte Kiew einen der größten russischen Angriffe, Kinder starben. Diese Kinder werden nie wieder 800+ oder sonst irgendetwas benötigen. Sind die polnischen „Patrioten“ zufrieden? Sehen sie darin „Polens Interesse“?

Zsfg.: AV

<https://oko.press/ukraincy-w-polsce-strach>

Mercosur mal ohne Panik. Ein Abkommen, bei dem die polnische Industrie gewinnt und die Landwirtschaft nicht verliert



Quelle: krytykapolityczna.pl

Von **Piotr Wójcik**, Wirtschaftspublizist

Die polnische Einigkeit gegen das Abkommen der Europäischen Union mit den Mercosur-Staaten klingt nachdrücklich, ist aber kurzfristig: Die Quoten für Rindfleisch aus Argentinien sind minimal, die EU wird die Landwirte schützen, und die polnische Industrie hat eine reale Chance, auf den Märkten Südamerikas zu expandieren.

Am Mittwoch wird sich die Europäische Kommission mit dem Vorschlag eines Abkommens der EU mit den Mercosur-Staaten, also Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay, befassen. Ziel des Abkommens ist die Liberalisierung des Handels zwischen diesen beiden Blöcken. Die polnische politische Klasse, sonst meist zerstritten, hat in dieser Frage einen Konsens dagegen gefunden. Genauer gesagt hat sie sich in zwei Lager geteilt, in Gegner des Abkommens und in Gegner des Abkommens, die keine Chance sehen, es zu blockieren.

Zur ersten Gruppe gehören die PiS-Politiker und der Präsident, zur zweiten die Regierungskoalition samt Premierminister. Als Präsident Nawrocki während der Sitzung des Ministerrates die Regierung aufforderte, eine Sperrminorität zu bilden, entgegnete der Premier: „Niemand ist interessiert. Aber nur keine Scheu, Herr Präsident.“

Wenn jemand ankündigt, gleich einen großen Fehler zu begehen, sollte man ihn davon abbringen und nicht noch Öl ins Feuer gießen mit Sprüchen wie „es wird dir sowieso nicht gelingen“. Während die ideologischen Gegner des Abkommens mit den südamerikanischen Staaten absonderliche Geschichten verbreiten,

ziehen es die opportunistischen Gegner vor, statt mit Argumenten zu antworten, vorsichtshalber zuzustimmen. Am Ende muss man sich höchstens vor einer verschrobene Minderheit rechtfertigen. Das Problem ist nur: Entscheidungen haben Folgen, die weit über einen bloßen Anstieg der Zahl von Gekränkten hinausgehen.

Warum ruft Mercosur Widerstand hervor?

Der Widerstand gegen das Abkommen mit der Mercosur-Gruppe ist keine originelle Haltung. Das Abkommen wird seit 1999 verhandelt, also bereits seit mehr als einem Vierteljahrhundert. Viele der glühendsten Gegner des Vertrags sind somit jünger als die Verhandlungen selbst. Bisher wurde das Abkommen von Ländern blockiert, in denen die Landwirtschaft eine wichtige Rolle im gesellschaftlichen Bewusstsein spielt, etwa Frankreich, die Niederlande, Irland oder letztendlich Polen. Wichtig dabei ist vor allem die Wahrnehmung, denn in keinem dieser Länder trägt die Landwirtschaft mehr als 3 Prozent zum BIP bei.

In Polen macht die Landwirtschaft 2,9 Prozent der Wertschöpfung aus, in den Niederlanden 1,9 Prozent, in Frankreich 1,5 Prozent und in Irland gerade einmal 1,1 Prozent. In Polen ist die Landwirtschaft damit der zweitkleinste Wirtschaftsbereich in Bezug auf den Beitrag zur Wertschöpfung, einen geringeren Anteil hat nur noch Kultur und Unterhaltung (1,9 Prozent). In der gesamten EU liegt die Landwirtschaft sogar auf dem allerletzten Platz mit 1,7 Prozent (Kultur und Unterhaltung hingegen bei 3,1 Prozent).

Die Gegner des Handelsabkommens mit Südamerika argumentieren, dass der Bedeutungsverlust der Landwirtschaft für Polen ein negatives Phänomen sei. Die Landwirtschaft solle ein strategischer Sektor sein, der um jeden Preis geschützt werden müsse. Bei allem Respekt vor den hart arbeitenden Landwirten: Strategische Branchen umfassen in der Regel seltene oder staatlich regulierte Güter, wie Energie, Geld (Bankensektor) oder teure natürliche Ressourcen. Die Produktion von Weizen oder Zuckerrüben ist hingegen nicht besonders strategisch, da es weltweit einen Überfluss an Getreide und anderen landwirtschaftlichen Rohstoffen gibt. Auch in Polens unmittelbarer Umgebung sind die Vorräte reichlich vorhanden, wie die Getreidekrise im Zusammenhang mit der Öffnung des Handels mit der Ukraine zeigt.

Der Zustrom von Getreide vom Dnipro konnte die Landwirte tatsächlich verärgern, da er plötzlich und praktisch ohne Vorankündigung erfolgte. Landwirtschaftliche Unternehmer hatten in die Aussaat und Ernte investiert, während der Staat die Spielregeln mitten im Prozess änderte. Das Handelsabkommen mit den Mercosur-Staaten wird jedoch schrittweise umgesetzt, und die Interessen der landwirtschaftlichen Produzenten der EU werden gesichert.

Mercosur bedroht die polnischen Landwirte nicht

Beispielsweise werden die Zölle auf Rindfleisch nur für ein bestimmtes Kontingent gesenkt, im ersten Jahr auf 16.500 Tonnen, innerhalb von sechs Jahren soll diese Grenze jedoch auf 99.000 Tonnen steigen. Die gesamte EU-Rindfleischproduktion betrug 2023 jedoch 6,5 Millionen Tonnen. Das heißt: Die Senkung des Zolls auf Rindfleisch von 13 auf 7,5 Prozent betrifft nur ein Kontingent von weniger als 1,5 Prozent der EU-Produktion.

In der EU wird weiterhin vor allem europäisches Rindfleisch dominieren, außerdem sind die Polen ohnehin auf Schweinefleischproduktion spezialisiert. In diesem Bereich liegt Polen auf dem vierten Platz in der EU (1,8 Millionen Tonnen im Jahr 2023 -- 9 Prozent der EU-Produktion), hinter Spanien (knapp 5 Millionen Tonnen), Deutschland und Frankreich.

Schweinefleisch aus Südamerika genießt nicht den gleichen Ruf wie Rindfleisch, daher sollte es die polnische Produktion nicht vom Markt verdrängen. Zumal die Polen gerade für ihre Schweinezucht bekannt sind, und polnisches Schweinefleisch einen höheren Prestigegrad als brasilianisches hat. Obendrein wird das zollfreie Kontingent an geschlachteten Schweinen „Made in Mercosur“ lediglich 26.500 Tonnen

betragen -- also 1,5 Prozent dessen, was an der Weichsel geschlachtet wird. Ein so minimales Kontingent kann den polnischen Landwirten nicht gefährlich werden. Es ist durchaus wahrscheinlich, dass Schweinefleisch aus Südamerika auf polnischen Tellern kaum zu finden sein wird.

Das Abkommen mit den Mercosur-Staaten sieht daher keine vollständige Abschaffung von Zollbarrieren für landwirtschaftliche Produkte vor, sondern deren schrittweise Reduzierung. Die Landwirtschaft wird also weiterhin geschützt, zumal sie bereits über die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) unterstützt wird. In der aktuellen Finanzperspektive 2021--2027 sind für die GAP 387 Milliarden Euro vorgesehen, also über 55 Milliarden Euro pro Jahr. Das entspricht nahezu dem gesamten Import aus Mercosur in die EU aller Güterarten im Jahr 2024. Geschichten darüber, dass die EU die Landwirtschaft absichtlich, im wahrsten Sinne des Wortes, „ruinieren“ wolle, sind Märchen. Kein anderer Sektor wird in einem solchen Ausmaß unterstützt wie die Landwirtschaft.

Natürlich ist Nahrung in dem Sinne ein strategisches Gut, dass ohne sie Hungersnöte drohen könnten. Polen befindet sich jedoch nicht in einer Situation, in der ein solches Szenario realistisch wäre. Im Falle eines bewaffneten Konflikts würde uns zweifellos eher Munition als Getreide fehlen. Außerdem lohnt es sich, zwischen der Herstellung von Lebensmitteln und der Produktion landwirtschaftlicher Rohstoffe zu unterscheiden -- die Landwirtschaft kümmert sich um Letzteres. Die Lebensmittelindustrie hingegen übernimmt die erste Aufgabe, und die ist in Polen sehr stark. Die Öffnung der Märkte in Südamerika stellt für sie eine große Chance dar. Der Mercosur-Markt erhebt derzeit Zölle in Höhe von 20--35 Prozent auf Lebensmittel und Getränke. Die Abschaffung dieser Tarife ermöglicht Unternehmen wie Maspex die Expansion auf neue Märkte. Dies wird erleichtert durch den Umstand, dass polnische Lebensmittel deutlich preisgünstiger sind als niederländische, schweizerische oder französische Produkte, ein wichtiger Faktor für Verbraucher in Brasilien oder Argentinien.

Die Landwirtschaft liefert Rohstoffe für die Lebensmittelindustrie. Ihr hoher Anteil am BIP ist ein Zeichen von Schwäche der Wirtschaft, nicht von Stärke. Ein Rückgang des Anteils der Landwirtschaft wird hingegen meist während Phasen schnellen Wachstums verzeichnet. Zwischen 2005 und 2024 sank der Anteil der Landwirtschaft an der Wertschöpfung in Rumänien von 9,6 auf 3,6 Prozent, in Bulgarien von 8,6 auf 2,4 Prozent. Keines dieser Länder beklagt dies, da diese zwei Jahrzehnte eine Zeit schnellen Einkommenswachstums darstellten.

In Polen ist der Anteil der Landwirtschaft an der Wirtschaft von 3,4 auf 2,9 Prozent gesunken, liegt also weiterhin deutlich über dem EU-Durchschnitt von 1,7 Prozent. Außerdem erzeugt die polnische Landwirtschaft diese knapp 3 Prozent der Wertschöpfung, beschäftigt dabei aber 7,5 Prozent der Arbeitskräfte. Die Produktivität in der polnischen Landwirtschaft liegt damit mehr als doppelt so niedrig wie der Durchschnitt der gesamten Wirtschaft. Die Industrie hingegen beschäftigt über ein Fünftel der Arbeitnehmer in Polen und erwirtschaftet fast ein Viertel der Wertschöpfung, sie sticht also im Vergleich zur Gesamtwirtschaft deutlich positiv hervor.

Die industrielle Produktion ist für die polnische Wirtschaft achtmal wichtiger als die Landwirtschaft. Ein nachteiliger Handelsvertrag, der der EU von Trump aufgezwungen wurde, trifft in erster Linie die Industrie. Über den Atlantik wurden vor allem Industrieprodukte wie Maschinen oder Chemikalien exportiert. Genau dieselben Güter kauft auch die Mercosur-Gruppe von der EU. Laut Angaben der Europäischen Kommission entfiel 2024 der Export in diese Länder überwiegend auf Maschinen (28 %), Chemikalien und Pharmazeutika (25 %) sowie Kraftfahrzeuge (12 %). In all diesen Branchen hat Polen eine sehr starke Position.

In die andere Richtung fließen -- abgesehen von landwirtschaftlichen Produkten (43 %) -- mineralische Rohstoffe (31 %), darunter seltene Metalle wie Beryll und Lithium, sowie Zellstoff und Papier (7 %). Dabei handelt es sich nicht um besonders margenstarke Güter, sodass man die Produktion eines Teils davon ohne größere Verluste abgeben könnte.

Mercosur ist eine Chance für die polnische Industrie

Bisher war der Handel zwischen der EU und Mercosur nahezu perfekt ausgeglichen. 2024 importierten wir Waren im Wert von 56 Milliarden Euro und exportierten 55,2 Milliarden Euro. Die sogenannten Terms of Trade (Preisrelationen zwischen importierten und exportierten Produkten) sind für Europa also vorteilhaft, da wir dort hochverarbeitete Waren mit hohen Gewinnmargen verkaufen und Rohstoffe importieren, darunter wichtige Metalle, die Europa nicht besitzt.

Darüber hinaus sieht das Abkommen auch die Einhaltung von Gesundheits-, Umwelt- und Klimaschutzstandards durch Mercosur vor. Die südamerikanischen Staaten sollen unter anderem Maßnahmen gegen die Abholzung umsetzen und die Klimaziele des Pariser Abkommens verfolgen. Das bedeutet, dass das Abkommen die Kosten für Unternehmen aus dem Mercosur-Raum erhöhen wird und so die Wettbewerbsbedingungen gegenüber europäischen Firmen angleicht.

Das Handelsabkommen mit den Mercosur-Staaten wird für Polen also vorteilhaft sein, da mögliche Verluste der landwirtschaftlichen Produzenten durch das Wachstum der Industrieproduktion mehr als ausgeglichen werden. Kritiker des Abkommens behaupten, es diene vor allem den Interessen Deutschlands, da sie die industrielle Großmacht seien. Allerdings hat Polen denselben Anteil der Industrie an der Wertschöpfung wie Deutschland (23 %). Warum sollte es sich für Deutschland lohnen, für Polen aber nicht?

Natürlich kann die Regierung eingreifen, falls die teilweise Freihandelszone zwischen der EU und dem Großteil Südamerikas den landwirtschaftlichen Betrieben ernsthafte Probleme bereitet, etwa durch Aufkaufprogramme, vorübergehende administrative Beschränkungen oder staatliche Subventionen. Die Landwirte hätten so Zeit, ihr Geschäftsprofil in Richtung höherer Gewinnmargen zu verschieben, wodurch sie nicht über Masse, sondern über Qualität konkurrieren würden. Dass Polen im 16. Jahrhundert eine Getreide-Großmacht war, bedeutet schließlich nicht, dass ein solches Wirtschaftsmodell im 21. Jahrhundert noch sinnvoll wäre (falls es damals überhaupt sinnvoll war).

Zsfg.: AV

<https://krytykapolityczna.pl/swiat/mercosur-umowa-polska-przemysl-rolnictwo/>

Nawrocki: Tusk und die Ukraine sind das Böse



Quelle: wyborcza.pl

Von **Marek Beylin**

Nawrocki schürt die anti-ukrainische Stimmung, weil es für ihn ein bequemes Mittel ist, die Tusk-Regierung anzugreifen.

Ukrainer, wir wollen euch hier nicht, wir betrachten euch nicht als Freunde. Wir müssen Ihre Anwesenheit in Polen dulden, aber wir werden Sie nicht mit den Polen gleichstellen und auch keine Anreize für Sie schaffen, hier zu leben und zu arbeiten. Sie werden nur unwillkommene Gäste sein, Menschen einer minderwertigen Kategorie, und wir werden Sie immer daran erinnern. Ukraine, euer Krieg ist nicht gerade unser Krieg, denn obwohl ihr gegen Putin kämpft, seid ihr vom „Banderismus“ infiziert, und auch gegenüber Polen seid ihr arrogant und undankbar.

So würde sich die Rede von Karol Nawrocki anhören, wenn man seine jüngsten Handlungen in Worte fassen würde. Es geht um das Veto gegen das Gesetz über die Hilfe für Personen aus der Ukraine und die gesetzgeberischen Vorstellungen des Staatsoberhauptes. Das Veto treibt Menschen aus der Ukraine in eine rechtliche und wirtschaftliche Grauzone. Es kappt auch die polnische Finanzierung für den Satellitendienst Starlink, der für den Krieg der Ukraine mit Putin wichtig ist. Und die Ideen des Präsidenten sehen vor, die Verleihung der polnischen Staatsbürgerschaft an Menschen aus der Ukraine zu erschweren und Bandera-Slogans strafrechtlich zu verfolgen.

All diese Aktionen wurden von Nawrockis nationalistischer Parole „das Polen zuerst, die Polen zuerst“ begleitet. Nur dass er sich mit diesem Slogan in die Antipoden der Wahrheit begeben hat. Denn erstens ist der kriegserische Erfolg der Ukraine für die Sicherheit Polens von entscheidender Bedeutung, sodass die Behinderung dieses Erfolges eine beispielhafte antipolnische Aktion darstellt. Und zweitens trägt die legale Arbeit von ukrainischen Frauen und Männern in Polen wesentlich zu unserer Entwicklung bei. Zwischen 70 und 78 % der erwachsenen ukrainischen Frauen und Männer, die in Polen leben, sind erwerbstätig, was im Jahr 2024 zur Erwirtschaftung von 2,7 % des BIP führte.

Das Veto des Präsidenten und seine Projekte sind daher eine Art anti-ukrainische Aggression und gleichzeitig treffen sie die Regierung Donald Tusk. Denn für Nawrocki Ukraine und vor allem die Ukrainer in Polen sind das Böse und die Koalitionsregierung ist das Böse. Das wird er in seiner Politik konsequent zum Ausdruck bringen, die Arbeit der Regierung lähmen und die anti-ukrainische Stimmung anheizen.

Ja, ich bin empört über den anti-ukrainischen und generell fremdenfeindlichen Populismus der Koalition. All diese Spielchen, wie die Ideen von 800 plus nur für Berufstätige oder die Abschiebung von Jugendlichen wegen eines Kavaliersdelikts während des Konzerts des Rappers Max Korzh in Warschau, sind politisch dumm und moralisch unhaltbar. Nur, dass Tusk und seine Koalition auf der fremdenfeindlichen Welle reiten und nicht einmal wissen, wie man sie mäßigen, geschweige denn stoppen kann.

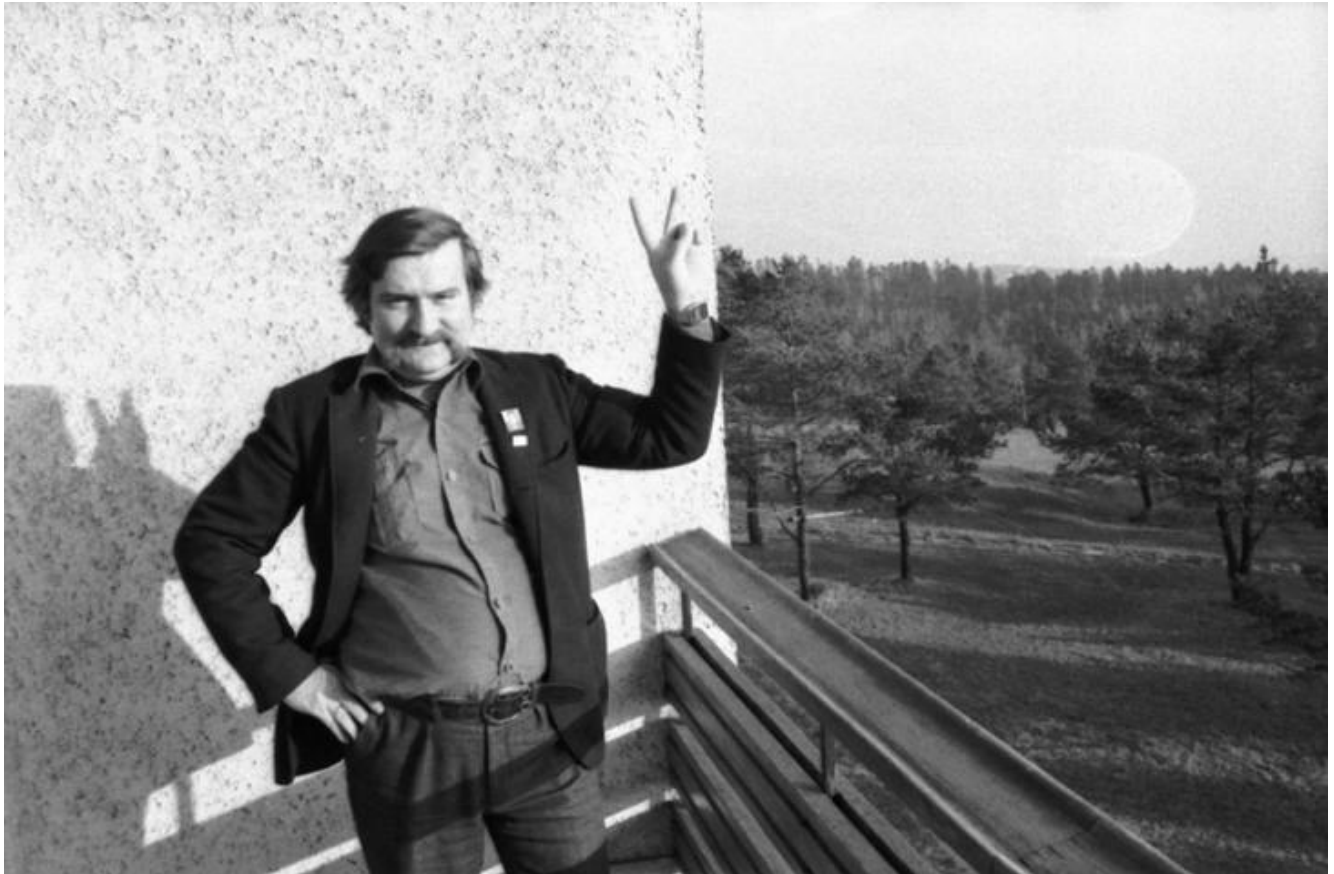
Und Nawrocki ist eine andere Qualität. Mit Hilfe der PiS und der Konfederacja reitet der Präsident nicht so sehr auf dieser Welle, sondern erzeugt und verstärkt sie. Nicht nur deshalb, weil es seine Überzeugungen sind, die ihm das diktieren.

Nawrocki weiß, dass das politische Mandat der Koalition umso mehr geschwächt wird, je stärker die anti-ukrainische Stimmung in Polen ist. Die Ukrainophobie ist ein gutes Mittel, um die derzeitige Regierung aus dem Sattel zu heben. Und um eine Krise im Bündnis zwischen Polen, der Europäischen Union und der Ukraine zu provozieren. Denn zu einer solchen Krise wird es kommen, wenn die Polen und Europa davon überzeugt werden können, dass die Herrschaft der Koalition nur ein vorübergehender Trend ist, während Polens starke Unterstützung für die Ukraine flüchtig ist.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7.75968.32218678.nawrocki-tusk-i-ukraina-to-zlo.html#s=S.index-K.C-B.1-L.1.duzy>

Verfolgt: der ehemalige Präsident Lech Wałęsa. Verfolger: der derzeitige Präsident Karol Nawrocki



Quelle: wyborcza.pl

Von Agnieszka Kublik

Wir sind Zeugen eines Rollenwechsels. Der ehemalige Präsident Polens und unser Nationalheld soll zum Verräter werden. Dies wird von den letzten beiden polnischen Präsidenten angestrebt.

Dies ist ein historischer Tag. Es ist ein historischer Moment. Es ist ein historischer Ort. Die BHP-Halle am 31. August 2025: Hier wurde vor 45 Jahren das August-Abkommen unterzeichnet. Es wurde von Lech Wałęsa unterzeichnet.

Mit diesem berühmten großen Kugelschreiber (fast 48 cm lang, mit dem Bildnis von Papst Johannes Paul II, heute in Jasna Góra in Częstochowa). Wałęsa ist ein Held unserer Zeit. Unser, polnischer, Nationalheld. Ja, ein Held mit einem Makel. Er ist unser menschlicher Held.

Aber Karol Nawrocki, Historiker an der Universität Gdansk und ehemaliger Leiter des Instituts für Nationales Gedenken, hat gerade Wałęsas Heldentum institutionell infrage gestellt. Ja -- in der BHP-Halle, ja -- am 31. August.

Gerade heute, am 31. August im BHP-Saal, sagte Nawrocki diese Worte: „Wir können ihn \[Wałęsa\] nicht vergessen, denn wir würden dann einer historischen Amnesie erliegen, denn er war der Vorsitzende. Aber niemand wird uns verbieten, ehrlich zu beschreiben und die Wahrheit darüber zu sagen, wer Lech Wałęsa war, und dafür danke ich Sławomir Cenckiewicz.“

Kaczynski rächt sich, weil Walesa ihm ein Korb gab

Jahrzehntlang haben Kaczynskis Lager, sein Fernsehen und seine Leute Walesa schlechtgemacht, obwohl es 1990 Jarosław Kaczyński war, der Wałęsas Präsidentschaftskandidatur förderte und der Motor seiner Kampagne war. Und als Wałęsa die Wahl gewann, wurde Jarosław Kaczyński Chef der Präsidentenkanzlei, während sein Bruder Chef des Nationalen Sicherheitsbüros wurde.

Als jedoch klar wurde, dass der Präsident sich nicht manipulieren ließ und nicht damit einverstanden war, vom Chef seiner Kanzlei aus gesteuert zu werden, begann Kaczyński, ihn der Kollaboration mit den Sicherheitsdiensten [SB] zu beschuldigen und ihn als bezahlten Agenten „Bolek“ zu bezeichnen. Nach 2015 wurden diese Verleumdungen von dem Sender TVP, der von der PiS kontrolliert war, verbreitet, und Sławomir Cenckiewicz (heute Chef des Nationalen Sicherheitsbüros unter Nawrocki) erzählte, dass „Wałęsa von den Sicherheitsdiensten erpresst worden sein könnte“. Cenckiewicz ist der Autor der Bücher „Wałęsa. Der Mann aus der Aktenmappe“ oder „SB und Lech Wałęsa ein Beitrag zur Biografie“. Dies soll genau die „Wahrheit“ von Cenckiewicz sein, auf die sich Nawrocki beruft -- seiner Meinung nach Wałęsa ist „Bolek“.

Ja, solche Anschuldigungen sind nichts Neues. In den Tagen, als Kaczynskis Leute TVP kontrollierten, gab es auch solche Streifen über Walesa: „R. Majdzik: Lech Wałęsa ist ein Agent ‚Bolek‘, der seine Schurkerei nie vor einem Gericht zugegeben hat“ (Ryszard Majdzik ist ein antikommunistischer Oppositioneller).

Diese Anschuldigungen der Zusammenarbeit mit den Sicherheitsdiensten sind das Ergebnis einer spekulativen Operation der Dienste. Während des Kriegsrechts wollte der Sicherheitsdienst Walesa um jeden Preis diskreditieren, um seine Führungsrolle zu untergraben. Später fälschte er in großem Umfang Material über ihn, um zu verhindern, dass er den Friedensnobelpreis erhält.

Im Juni 1992 kam es zu einer Staatskrise, als Antoni Macierewicz, Leiter des Innenministeriums in der Regierung von Jan Olszewski, den damaligen Präsidenten Wałęsa auf eine Liste von SB-Agenten setzte. Cenckiewicz ist ein enger Vertrauter von Macierewicz.

Die Legende von Lech wird überleben

„Ich bin überzeugt, dass die Legende von Lech Walesa bestehen wird - weil sie einfach wahr ist - sprach in ‚Wyborcza‘ vor Jahren Jan Skórzyński, Historiker vom Collegium Civitas. - Dies ist die Legende eines Mannes, der nicht geboren [als Führer] wird, sondern zum Führer wird. Der trotz seiner Schwächen in der Lage war, sich von seinem Sturz zu erheben und an der Spitze einer Bewegung zu stehen. Vielleicht war es diese Erfahrung aus den 1970er Jahren, die Lech Wałęsa während des Streiks 1980, bei der Gründung der Solidarność und während des Kriegsrechts zu einem so effektiven Führer machte, als er sich trotz des starken Drucks kategorisch weigerte, General Jaruzelski die Schaffung einer ‚abtrünnigen Solidarność‘ zu gestatten.“

Um welche Schwäche, welcher Makel geht es?

Skórzyński: „Dies ist die Geschichte eines Mannes, der plötzlich an der Spitze eines großen Protests steht. Im Dezember 1970 ist er trotz seines jungen Alters einer der Anführer des Streiks. Als Anführer wird er von der kommunistischen Polizei verhaftet und zur Zusammenarbeit überredet. Schon bald, nach anderthalb Jahren, beginnt er, sich dieser Zusammenarbeit zu entziehen. Er wandelt seine Berichte und Informationen an die Behörden über die tatsächliche Situation auf der Werft um. Er erklärt, was in Ordnung gebracht werden muss und was die Behörden tun sollten, um einen weiteren tragischen Protest zu vermeiden. Diese Berichte von IM [Bolek] ab 1973 sind Memos über die Situation in der Werft und die Lage der Arbeiter. Aus Lech Wałęsas Motivation wird deutlich, dass er eine Wiederholung des Dezembers 1970 in Danzig, der für ihn eine persönliche Tragödie war, vermeiden will. Es ist auch bezeichnend, dass er diese Zusammenarbeit unterbricht, und wie er sie unterbricht. Er versucht es zum ersten Mal 1973 und ein zweites Mal 1975. Wichtig ist, dass die SB nicht versucht, ihn aufzuhalten. Sie ist der Überzeugung, dass Lech Wałęsa ein lästiger Informant ist, der mehr Probleme als Nutzen bringt. Am Ende stimmt der Aufsichtsrat zu, dass die Leitung der Lenin-Werft ihn entlassen sollte, weil er für Unruhe unter der Belegschaft sorgt und zu einem der Führer der Opposition wird. Es gibt keinen Grund, die Ehrlichkeit von Lech Wałęsas Verhalten nach 1978 in Frage zu stellen, als er sich einer sehr kleinen Gruppe anschließt, die die Freien Gewerkschaften bildet. In Danzig wurden sie von etwa 20 Personen gegründet. Es gibt keine Beweise oder Gründe, die Haltung von Lech Walesa zu dieser Zeit infrage zu stellen.“

Wałęsa gab zu, dass er ein Dokument über die Zusammenarbeit mit der SB unterzeichnete, aber kein Geld annahm und nicht denunzierte.

Cenckiewicz bestreitet dies und behauptet, Walesa sei von General Kiszczak und General Jaruzelski erpresst worden.

Wałęsa verteidigte sich und behauptete, die Dokumente seien von Cenckiewicz gefälscht worden. Im Mai dieses Jahres verlor Wałęsa seinen Prozess gegen Cenckiewicz in dieser Frage. Das Gericht befand, dass Cenckiewicz nicht gefälscht hatte.

Aber hat die SB das nicht getan?

Walesa verteidigt sich: „Zu dem Urteil gegen Cenckiewicz. Ich bin überzeugt, dass die Dokumente gefälscht waren. Ich habe heute keine harten Beweise, aber es wird die Zeit kommen, dass es Leute geben wird, die mit harten Fakten und Beweisen zeigen werden, dass diese Akte, die über mich angelegt wurde, ein Betrug war. Prüfen Sie zum Beispiel zuerst, woher die Dokumente bei Frau Kiszczak stammen. Schon heute sind diese Behauptungen aus politischer Sicht absurd. Dieses Urteil versucht zu bestätigen, dass ich als Agent der SB den Streik von 1980 angeführt und die Gründung der Solidarność gegen die SB und gegen die Kommunisten herbeigeführt habe.“

Andrzej Duda, der für eine zweite Amtszeit kandidiert, verkündete: „Wer ein Verräter war, wird als Verräter bezeichnet werden, und wer ein Held war, wird als Held bezeichnet werden. Ehre und Ruhm den Helden“.

Wir werden also Zeuge eines Rollentauschs. Der ehemalige Präsident Polens und unser Nationalheld soll zum Verräter werden. Dies wird von den letzten beiden polnischen Präsidenten versucht.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75968,32215761,scigany-byly-prezydent-lech-walesa-scigajacy-obecny-prezydent.html#s=S.index-K.C-B.1-L.1.duzy>

„Ich will die Hochzeit meiner Tochter noch erleben". Die „Kampagne gegen Homophobie" schreibt an Donald Tusk



Quelle: wyborcza.pl

Von **Paulina Nodzyńska**

„Es war so: Ich kam zu meinem Enkel, und er sagte zu mir: ‚Oma, ich habe mich einfach verliebt. Das ist mein Freund.‘ Ich mochte ihn sofort, ebenso die ganze Familie. Nun ja, sie passten einfach zueinander. Jetzt besuchen wir uns gegenseitig, wir verbringen die Feiertage zusammen", erzählt Frau Anna im neuesten Spot der „Kampagne gegen Homophobie". Und sie fügt hinzu: „Sie leben schon seit sieben Jahren zusammen. Sie sind glücklich. Und ich wäre die Glücklichste, wenn sie heiraten könnten." (...)

Hanna aus Danzig: „Mein Sohn Iwo ist vor etwa zehn Jahren aus Polen weggegangen. Im Gymnasium, als er sein Coming-out hatte, begegneten ihm viel Hass, Schikanen und Ausgrenzung. Heute lebt er mit seinem Partner in Cambridge. Es ist ein Fehler, dass wir es zulassen, dass sie aus ihrem Land fliehen. Sie könnten hier arbeiten, Steuern zahlen, unter ihren Angehörigen sein. Wir sollten uns mehr öffnen."

Beata aus Warschau: „Ich habe einen Sohn, der in einer Beziehung mit einem anderen Mann lebt. Ich möchte es feiern können, dass er glücklich ist."

Mit diesem Spot startete die Kampagne gegen Homophobie am Donnerstag, den 4. September, die Aktion „Alle Familien sind wichtig", in der die Angehörigen von LGBT+-Personen zu Wort kommen. Es handelt sich um eine gemeinsame Initiative verschiedener Vereinigungen, die für die Rechte dieser Gemeinschaft kämpfen, darunter u. a. „Liebe schließt nicht aus", „Regenbogenfamilien" sowie „Wir, die Eltern". Sie erklären: „Menschen, die gleichgeschlechtliche Beziehungen führen, leben nicht isoliert. Und das fehlende Anerkennen und Schützen durch den Staat betrifft auch ihre Nächsten: Freunde, Bekannte und Verbündete. Millionen Bürgerinnen und Bürger."

Sie betonen, dass sie nicht länger auf Veränderungen warten wollen, auf die sie seit über zwei Jahrzehnten hoffen. „In dieser Zeit kann man mehrfach das Amt des Ministerpräsidenten bekleiden, eine Partei gründen,

die durch einen Wahlsieg das Schicksal der Polinnen und Polen beeinflusst", schreiben sie in einem offenen Brief an Premierminister Donald Tusk (den jeder unterschreiben kann).

Sie fühlen sich enttäuscht, weil sie sich an Momente erinnern, in denen der Premier ihre Hoffnungen geweckt hatte. So war es vor den Wahlen vor 14 Jahren und nun wieder im Herbst 2023. Eingetragene Partnerschaften standen auf der Liste der hundert konkreten Versprechen der Bürgerplattform. „War es auch diesmal nur ein leeres Versprechen?“, fragen Vertreter der LGBT+-Gemeinschaft in dem Brief. Und sie fügen hinzu: „Ein Gesetz oder irgendeine andere Form der rechtlichen Anerkennung gleichgeschlechtlicher Paare gibt es bis heute nicht.“ LGBT+-Personen haben dagegen das Gefühl, in ihrem eigenen Land nicht willkommen zu sein. Der Staat, den sie Tag für Tag mit aufbauen und unterstützen, indem sie arbeiten und Steuern zahlen, gewährt ihnen nicht den umfassenden Schutz, auf den Familien aus Frau und Mann zählen können.

Sie fügen hinzu: „Oft ziehen sie gemeinsam Kinder groß, deshalb brauchen sie ein grundlegendes Gefühl von Sicherheit und Schutz, um sich in Polen um ihre Familien kümmern zu können.“ Die Initiatoren der Aktion betonen, dass Zeit hier eine Rolle spielt. „Jeder Tag der Verzögerung bedeutet realen Schaden, Schmerz und ein Gefühl großer Ungerechtigkeit, mit denen unsere Angehörigen konfrontiert sind. Jeden Tag wachen sie mit der Angst auf, dass sie im Falle einer Krankheit oder eines anderen unvorhergesehenen Ereignisses keine medizinischen Entscheidungen treffen und ihrem Partner oder ihrer Partnerin rechtzeitig helfen können. Es sind Eltern, die befürchten, dass sie ohne angemessenen rechtlichen Schutz nicht in der Lage sein werden, sich um ihre Kinder zu kümmern. Sie fragen sich, ob sie ihre Heimat verlassen müssen, damit ihre Familien sicher sind“, schreiben sie in dem Brief an den Premierminister.

Sie berufen sich auf Daten zur gesellschaftlichen Unterstützung für die Legalisierung von eingetragenen Partnerschaften und sogar für die Einführung der Ehegleichstellung. Sie erinnern an Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Straßburg, der Polen bereits dreimal aufgefordert hat, diese Fragen zu regeln. Sie wenden sich an den Regierungschef und die Koalitionsführer: „Es ist Zeit, konkrete Schritte zu unternehmen, ein Gesetz einzuführen, das diesen Teil der Gesellschaft schützt, der derzeit ausgeschlossen ist und in einer rechtlichen Leere lebt. Man kann dies nicht erneut auf ‚später‘ verschieben. Es gilt, den konkreten Erwartungen der deutlichen Mehrheit der Gesellschaft, einschließlich der Wählerinnen und Wähler der Regierungskoalitionsparteien, gerecht zu werden.“

Beata: „Ich werde nicht heiraten, solange mein Sohn nicht heiraten darf. Das wäre eine Schweinerei.“

Die Kampagne „Alle Familien sind wichtig“ soll Politikerinnen und Politiker sowie die Öffentlichkeit auf die Bedürfnisse nicht nur der LGBT+-Gemeinschaft, sondern auch ihrer Angehörigen aufmerksam machen. Sie präsentiert deren persönliche Geschichten.

Eine dieser Geschichten erzählt Frau Beata: „Um meinen Sohn herum waren immer irgendwelche Mädchen. Dass er sich verliebt hat -- und dann auch noch in einen Mann -- war also eine Überraschung. Für ihn wahrscheinlich auch, denn eigentlich hat er sich zum ersten Mal im Leben verliebt. Als Mutter bin ich glücklich, weil mein Kind glücklich ist.“ Sie fügt hinzu, dass sie selbst eine ähnlich lange Beziehung mit ihrem Partner Kuba hat. Sie erklärt: „Ich habe meinem Kind einmal versprochen, dass ich nicht heiraten werde, solange es selbst nicht heiraten darf. Es wäre eine Schweinerei von mir, zu heiraten, während mein Kind darauf wartet, dass der Staat ihm dieses Recht gewährt.“

Anna aus Lublin: „Mein Enkel ist glücklich, aber für das tägliche Leben braucht es mehr. Das Gesetz sollte gleichgeschlechtliche Beziehungen genauso schützen wie die von Frau und Mann.“

Barbara aus Kolobrzeg: „Milka hatte ein geordnetes Leben: einen Ehemann, zwei wunderbare Kinder. Es schien, als wäre sie erfüllt. Deshalb gebe ich zu, es war ein Schock, als sie mir eröffnete, dass sie sich in eine Frau verliebt hat. Doch für uns hat sich nichts geändert. Milka hat sich nicht verändert. Sie ist nur nicht mehr in einer Beziehung mit einem Mann, dem Vater ihrer Kinder. Milka ist nach wie vor meine, unsere Tochter, Enkelin für ihre Großeltern. In unsere Familie ist einfach eine neue Person eingetreten: Ola, Milkas Partnerin. Zusammen mit meinem Ex bilden wir eine Patchwork-Familie. Wir alle kommen gut miteinander aus, niemand leidet darunter, auch die Kinder nicht. Wir sind kein Science-Fiction-Phänomen, wir sind eine echte Familie.“

Streit in der Koalition. Wo hakt es bei den eingetragenen Partnerschaften?

Die Frage der eingetragenen Partnerschaften sorgt von Anfang an für Emotionen in der Regierungskoalition. Sie wurde nicht in den Koalitionsvertrag aufgenommen, stand jedoch auf der Liste der hundert konkreten Vorhaben der Bürgerkoalition. Im Oktober des vergangenen Jahres veröffentlichte die Regierung zwei Gesetzesentwürfe der ehemaligen Gleichstellungsministerin Katarzyna Kotula von der Neuen Linken. Beide blieben jedoch in der Phase der Arbeit des Ständigen Ausschusses des Ministerrats stecken. Sie sahen unter anderem Rechte in Bezug auf Bestattung, medizinische Informationen und das gemeinschaftliche Eigentum vor.

Einwände hatten Politiker der Polnischen Bauernpartei PSL. Sie wollten nicht zustimmen, dass Partner Verträge beim Standesamt abschließen können, sie schlugen vor, dies bei einem Notar zu tun. Sie erklärten, sie wollten diese Form der Partnerschaft so weit wie möglich von der Institution der Ehe fernhalten. Außerdem befürchteten sie, dass Menschen Scheinehen eingehen könnten, nur um zum Beispiel landwirtschaftliche Flächen zu erschleichen oder Vorteile zu nutzen, die für Militärfamilien vorgesehen sind.

Kürzlich erklärte Kotula, dass sie Zugeständnisse machen werde, nur um der Sache Tempo zu verleihen. „Wir müssen den Paaren zumindest ein Minimum gewährleisten“, erklärte sie im Gespräch mit der „Wyborcza“. Sie strich Teile der Vorschriften und bereitete einen Entwurf über einen „Partnerschaftsvertrag“ vor, der die Bedenken der Bauernpartei berücksichtigen sollte.

Gleichzeitig legte die Linke im Sejm Entwürfe vor, die den Regierungsentwürfen entsprachen, jedoch als Abgeordneteninitiativen. „Ich habe viele Monate gekämpft, bin oft zurückgewichen. Aber die politische Realität heute ist, wie sie ist. Und wir haben etwas den Paaren versprochen, die seit Jahren in nicht formellen Beziehungen leben. Genug des Wartens“, sagte uns die ehemalige Gleichstellungsministerin.

Die Entscheidung darüber, mit welchen Entwürfen sich der Sejm nun beschäftigen wird, liegt bei Marschall Szymon Hołownia.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7.75398.32223941.chce-dozyc-slubu-mojej-corki-kampania-przeciw-homofobii-pisze.html#s=S.index-K.C-B.1-L.3.duzy>



Quelle: tvn24.pl

“Als wir vor 45 Jahren nach einem siegreichen Streik aus der Danziger Werft Solidarność und Lech Wałęsa riefen, wussten wir noch nicht, dass diese Worte bald in der ganzen Welt zu hören sein würden. Wie stolz waren wir, dass die Solidarność dank Polen zu einem der Grundwerte des gesamten Westens geworden war. Neben Freiheit, Gleichheit und Respekt für jeden Menschen.”

Donald Tusk
anlässlich des 45. Jahrestags der Unterzeichnung des Augustabkommens

Quelle: <https://tvn24.pl/polska/45-rocznica-podpisania-porozumien-sierpniowych-donald-tusk-opublikowal-nagranie-mowi-o-prawdziwym-cudzie-st8624004>

MEDIENSPIEGEL – IN DER DEUTSCHSPRACHIGEN PRESSE ÜBER POLEN

zeit.de

Polens Präsident fordert Reparationen von Deutschland

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2025-09/karol-nawrocki-polen-forderung-entschaedigung-deutschland-gxe>

dw.com

Lob und eine Zusage: Polens Präsident Nawrocki bei Trump

<https://www.dw.com/de/erste-auslandsreise-polens-praesident-karol-nawrocki-bei-us-praesident-donald-trump-in-washington/a-73833201>

spiegel.de

Polnischer Politiker liebt intergeschlechtliche Frau und verlässt rechtsextreme Partei

<https://www.spiegel.de/panorama/leute/polen-politiker-liebt-intergeschlechtliche-frau-und-verlaesst-rechtsextreme-partei-a-2165c253-bb93-4e26-a517-1490bdee9e88>

n-tv.de

Polens Präsident Nawrocki kommt zu Antrittsbesuch nach Berlin

<https://www.n-tv.de/ticker/Polens-Praesident-Nawrocki-kommt-zu-Antrittsbesuch-nach-Berlin-article26010482.html>

t-online.de

Trump: US-Soldaten bleiben in Polen – Zahl könnte steigen

https://www.t-online.de/nachrichten/ausland/internationale-politik/id_100898622/trump-us-soldaten-bleiben-in-polen-zahl-koennte-steigen.html

taz.de

Auf antieuropäischem Kurs

<https://taz.de/Polens-Aussenpolitik/!6108080/>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik

Layout: Małgorzata Nierhaus